

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamtes zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandszirkasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Preis im Voraus halbjährlich Mark 1.30, beim Abholen in der Geschäftsstunde wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Einsendungsnummer 15 Pf.)

Veranstaltung: Am 21. Dezember 1931. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Verhinderung des Betriebes der Zeitung oder der Besetzungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., beidseitige Anzeigen 8 Pf. Im Textteil die 60 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erscheinungsort Bischofswerda.

Nr. 297

Montag, den 21. Dezember 1931.

86. Jahrgang

## Tageschau.

Zwischen Henderson, dem Vorsitzenden der kommenden Abrüstungskonferenz, und Frankreich ist einigwillig vereinbart worden, den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz auf den 2. Februar 1932 festzusetzen.

Der französische Ministerpräsident Laval hielt am Sonntag eine außenpolitische Rede, in der er betonte, daß Frankreich nicht bereit sei, die Reparationen den Privatgläubigern zu opfern, man werde den Youngplan nicht zerschlagen lassen.

Aus Basel wird berichtet, daß im Sonderauschuß große Schwierigkeiten über den Hauptteil des Berichts, den zusammenfassenden und kritischen Teil, entstanden sind. Ueber grundsätzliche Fragen sei man sich nicht einig geworden.

Von der vermiedenen deutschen Ostafrikanerliga im Beisein von drei Rednern aus Berlin eingetroffen. Die Ligaerlaube eine Kolonialverwaltung vorzunehmen und ist nach zehntägigem Aufenthalt in Basel eingetroffen.

Bei den Senatswahlen in Australien erlitten die Sozialisten eine schwere Niederlage. Von den 18 freigewordenen Sitzen wurden 15 von den Nationalisten und der Landpartei besetzt.

Einer Meldung aus Peking zufolge hat der japanische General Honjo den chinesischen Behörden mitteilen lassen, daß er sich nicht bereit erkläre, wenn die chinesischen Truppen diese Stadt nicht unverzüglich räumen.

Wichtigste Nachrichten zu anderen Blättern.

## Frankreich bleibt unumgänglich.

Paris, 20. Dezember. Auf einem Bankett zu Ehren des Luftfahrministers hielt Ministerpräsident Laval eine außenpolitische Rede; in der er für seine, wenn auch vorläufig gebaltene, Konföderierungspolitik zum Schutze der französischen Wirtschaft eintrat. Er kündigte an, daß Frankreich auf der bevorstehenden Regierungskonferenz im Rahmen des Youngplans bleiben und nicht bereit sei, die Reparationen den Privatgläubigern zu opfern. In gewissen Ländern habe man zu sehr betont, daß die Reparationen und Reparationen annulliert werden müßten. Hinsichtlich der Haltung der Vereinigten Staaten würden die Regierungen, die an diese lächerliche Initiative gedacht hätten, zweifellos jetzt weniger Eile an den Tag legen. Auf einen Jurist aus der Versammlung, fest zu bleiben, erwiderte Laval: „Wir werden den Youngplan nicht zerschlagen lassen.“ Zum Abrüstungsproblem sagte Laval, er wolle die Beschuldigung, daß Frankreich militärisch sei, zurück. Aber Frankreichs Vergangenheit mahne zur Vorsicht. Man dürfe sich auf keine Improvisierungen einlassen, die Frankreichs Sicherheit nicht garantieren. Die französischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz würden es nicht ablehnen, jede Art gegenseitiger Hilfeleistung zu prüfen und nötigenfalls anzunehmen, vorausgesetzt, daß sie wirksam, d. h. effektiv und schnell, sei. Niemals werde Frankreich die Unvorsichtigkeit begehen, sich mit Formeln der Hoffnung zu begnügen.

Paris, 20. Dezember. (Eigene Meldung.) Bei einer politischen Rundgebung in Lunévilly hat heute der Abgeordnete Painlevé eine Rede gehalten, in der er sich auch mit der Abrüstungsfrage beschäftigte. Seit mehreren Monaten, führte er u. a. aus, sei eine Polemik entstanden, die bezwecke, Frankreich vor folgende Wahl zu stellen: entweder unverzüglich und restlos abzurufen, und zwar ohne irgendeine internationale Garantie, oder als Feind des Weltfriedens zu gelten. Painlevé redete von den „Mystikern der Abrüstung“, die behaupteten, die sofortige und restlose Abrüstung werde ohne irgendwelche anderen Bedingungen den Frieden im Gefolge haben. Das französische Volk verlange von der Regierung, daß sie sich nicht durch eine gewisse ausländische Presse beeinflussen lasse. Frankreich müsse seine Kräfte sparen, um sich die Achtung zu sichern, auf die es ein Recht habe.

Zum Reparationsproblem erklärte Painlevé, Frankreich hoffe, daß die Regierung fest entschlossen sei, unter keinem Vorwand die Reparationsgläubiger zugunsten „ausländischer Spekulanten“ verdrängen zu lassen. Diese hätten wissen müssen, als sie ihre Kapitalien zu hohen Zinsen in Deutschland anlegten, daß die Reparationsgläubiger eine erstrangige Hypothek zugunsten Frankreichs darstellten.

## Schwierigkeiten in den Baseler Verhandlungen.

Basel, 20. Dezember. (Eigene Meldung.) Die Beratungen des Sonderauschusses über den Schlußbericht sind

heute in vertraulichen Besprechungen fortgesetzt worden. Kurz nach 9 Uhr verließen die 11 Mitglieder des Ausschusses das Hotel Schweizer Hof, wo sie mehr als 3 Stunden gemeinsam an dem Bericht gearbeitet haben.

Es ist nicht möglich, auch nur einigermaßen ein Bild über den Stand der Arbeiten zu bekommen, da auch heute wieder die Ausschussmitglieder auf strengste Discretion verpflichtet worden sind. Der Teil des Berichts, der die statistischen Unterlagen, das von der deutschen Regierung gefertigte und vom Ausschuss geprüfte Material enthält, ist fertig und wird gegenwärtig in den vier offiziellen Sprachen (englisch, französisch, deutsch, italienisch) angefertigt. Dagegen begegnet der zusammenfassende und kritische Teil, also der Hauptteil des Berichts, offenbar noch immer großen Schwierigkeiten. Ueber gewisse grundsätzliche Fragen, die sich auf die Schlußfolgerungen, Empfehlungen usw. beziehen, ist man sich auch heute noch nicht einig geworden. Es scheint, daß der Bericht ebenso stark, wie es im Layton-Bericht des Wiggins-Ausschusses geschehen ist, die weltwirtschaftliche Bedeutung der deutschen Krisenzustände hervorhebt. Falsch ist die von französischer Seite verbreitete Meinung, daß der Ausschuss sich mit der Frage der Priorität der privaten oder der politischen Schulden beschäftigt habe. Die Frage ist bis jetzt nicht berührt worden.

Die Beratungen gehen morgen in der bisherigen Form weiter. Am Vormittag treffen sich die mit der Ausarbeitung des Berichts speziell beauftragten Mitglieder, Melchior, Professor Hilt, Layton und Professor Beneduce. Am Nachmittag findet wieder eine vertrauliche Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder des Ausschusses statt. Man hofft, vor Weihnachten fertig zu werden.

## Verstärkte politische Lage in Oesterreich.

Offene Revolutionsdrohung der Marxisten nach dem Freispruch im Grazer Heimwehrprozess.

Im Grazer Heimwehrprozess wurden Dr. Priemer und alle sieben Mitangeklagten mit allen zwölf Stimmen der Geschworenen vom Verbrechen des Hochverrats freigesprochen.

Dr. Priemer betonte nach seiner Freisprechung Freunden gegenüber, er hoffe, daß die Regierung die einzig mögliche Konsequenz ziehen und die anderen noch anhängigen Strafverfahren niederschlagen werde. „Ich hoffe“, so schloß Priemer, „daß der Ausgang des Prozesses dazu beitragen wird, die nationale Front in Oesterreich zu verdeutlichen.“

Auf einer dann in Graz veranstalteten Heimwehroberammlung führte Bundesführer Fürst Starhemberg u. a. aus:

## Universitätsprofessoren protestieren gegen Ländernotverordnungen

Berlin, 21. Dezember. (Eigene Meldung.) Die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten aller deutschen Universitäten haben, wie die „Montagspost“ berichtet, beim Reichsinnenministerium einen Protest gegen die Notverordnungen der Länder erhoben, soweit diese Verordnungen nach Ansicht der Professoren mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sind. Die juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten verweisen auf drei Beispiele, bei denen nach ihrer Auffassung Notverordnungen der Länder verfassungswidrige Maßnahmen verhängt haben.

1. Thüringen hat durch Notverordnung Aufnahmebestimmungen zugunsten der weiblichen Beamten getroffen, die in der Praxis darauf hinauslaufen, die weiblichen Beamten im Wege der Abfindung aus ihren Berufen zu entfernen.

2. Preußen hat Vorschriften über den Beamtendienst erlassen, durch den jeder Beamte gezwungen werden kann, auch in einer Stellung niederen Ranges Dienst zu tun, sofern davon kein gesetzliches Gehalt nicht befreit wird.

3. In Preußen, aber auch in den anderen Ländern, ist durch Notverordnung die Emeritierung der Hochschullehrer abgeschafft worden. Das bedeutet, daß Professoren bei Erreichung der Altersgrenze nicht mehr mit vollem Honorar pensioniert werden können, sondern nur mit entsprechend kürzender Pension. Die Sonderstellung der Hochschullehrer war aber stets begründet worden mit ihrer Forschungsarbeit, der kein Alter eine Grenze setzt.

„Die deutschen Universitäten fühlen sich“, so heißt es in ihrem Protestschreiben, „in ihrem Gewissen verpflichtet, durch ihre rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten, nachdrücklich Einspruch gegen solche verfassungswidrigen Maßnahmen zu erheben und fordern vom Reichsinnenministerium Abhilfe.“

Das Blatt schreibt hierzu: Da beim Reichsinnenministerium sich auch sonst Beschwerden über angeblichen Verfall

„Der Heimatschutz ist die Verkörperung des bodenkundigen Volkes, das auf österreichischem Boden sich nun endlich einen Staat schaffen will, der seinem Wesen vollentspricht.“

Nachdem wir zunächst die Freiheit der Straße um erlöst hatten, wollten wir die Verfassung im Sinne nichtmarxistischer Grundzüge reformulieren. Wir fanden aber dafür bei den Machthabern kein Verständnis.

Die Korruption ist schon so weit vorgeschritten, daß es nur eines gibt: Mitleid, die heute an der Spitze des Staates stehen, restlos zu beseitigen. Dann werden wir nach unseren Grundsätzen einen deutschen Staat aufbauen.“

Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs nimmt den Freispruch Dr. Priemers zum Anlaß, um ihre Mitglieder zum äußersten Widerstand gegen Staatsgewalt und Regierung aufzurufen. In einem Aufruf der Sozialdemokratie heißt es u. a.:

„Diese Republik ist verraten und verkauft von denen, denen ihre Sicherheit vertraut ist! ... Darauf, daß die Staatsgewalt die Republik verteidigen werde, können wir uns nicht mehr verlassen. Wie werden unsere Freiheit das nächste Mal selbst verteidigen müssen!“

Die Vorbereitungen unserer Abwehr scheunlos zu vollenden — das muß unsere Antwort auf das Urteil von Graz und auf die Schüsse von Boltsberg sein! Dann — Genossen — auf den Trümmern des geschlagenen Faschismus wird das wahre Volksgesicht über die Faschisten tagen!“

## Sozialistische Wahlniederlage in Australien.

London, 20. Dezember. Die sozialistische Arbeiterregierung von Australien hat in den Wahlen am Sonnabend eine schwere Niederlage erlitten. Die Nationalisten und die Landpartei haben große Erfolge erzielt, während die Sozialisten Sitze verloren.

Von den 18 frei gewordenen Sitzen im Senat wurden 15 von Mitgliedern der neuen Regierungsparteien und drei von der Arbeiterpartei besetzt. Die neue Regierung wird daher ihr Programm ohne erhebliche Schwierigkeiten durchführen können. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung wird sein, einen neuen Oberkommissar in London zu ernennen, wofür der frühere Ministerpräsident Bruce genannt wird. Der bereits benannte neue Ministerpräsident Lyons erklärte, daß seine Regierung sich für einen umfangreichen Ausbau des Systems der Vorzugsbehandlung innerhalb des englischen Weltreiches einsetzen und bereitwillig in Unterhandlungen eintreten werde, sobald die englische Regierung mit ihren Plänen fertig sei.

## Keine Senkung der Posttarife.

D. I. Berlin, 21. Dezember. (Eigener Dienst.) Das Reichskabinett hat in der Tat den Beschluß gefaßt, daß die durch die Lohn- und Gehaltsenkung und den Preisabbau erzielten Ersparnisse bei der Reichspost in die Reichskasse fließen sollen. Unter diesen Umständen steht die Reichspost vor der absoluten Unmöglichkeit, einen Gebührenabbau durchzuführen. Hierin läge aber die einzige Gewähr dafür, daß dieses Unternehmen seine Rentabilität wiedergewinnt.

Denn jede Verkehrsbelebung bedeutet für die Reichspost einen glatten Gewinn. Der Apparat muß aufrechterhalten werden, gleichgültig ob er von vielen oder wenigen benutzt wird. Es wird keine Telephonistin überflüssig, wenn auf einer Leitung täglich einige Duzend Gespräche weniger geführt werden. Die Ausnutzungsmöglichkeit des Postbeförderungspersonals ist auch bei weitem nicht erschöpft.

Außerdem haben sonstige Ersparnisse ihre Grenze darin, daß die Post den Betrieb nicht zu langsam werden lassen darf. Denn wenn man auf Telephongespräche Stundenlang warten muß, oder wenn Telegramme nicht prompt befördert werden, dann wird das Publikum sehr schnell dazu übergehen, den Brief oder die Postkarte statt dessen zu benutzen. Die Post ist also in der Zwangslage, ihren Apparat ungefähr in der jetzt bestehenden Form aufrechtzuerhalten, sie kann ihn aber nur rentabel gestalten durch eine Tarifsenkung, die es der Wirtschaft ermöglicht, ihren Untertanen erheblich herabzusetzen.

Wie wir erfahren, sollen im Kabinett nochmals Beratungen über diese Frage stattfinden. Aber es kann schon